

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25241
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

bei täglicher Zustellung in Dresden über den Post monatlich M. 275,-
Einzelnummern M. 12,-, Sonntagsausgabe M. 15,-.
Die tägliche 7 mm breite Seite M. 25,-, zehnwöchige Sonderausgabe M. 3,-
Anzeigen und Kleinanzeigen unter Beschränkung der weiteren Rubrik M. 15,-
Bezugspreis von 1000. Preisänderung vorbehalten.

Druckerei und Verlagsanstalt
Markstraße 38/40.
Telefon u. Verlag von 1111 & 1112 in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutscher Genehmigung („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unterzeichner übernehmen keine Haftung für den Inhalt.

Establishment L. Ranges — Original amerik. Bar
entsprechend warme und kalte Küche

Excelsior Diele

Seestraße 7

Konzerte Jascha Lohats, ungar. Kapellmstr., u. Cymbalvirtuos
zum 5-Uhr-Tea und abends

BANKHAUS

HERMANN SCHULZ,

Fernsprecher: Kommando-Verwaltung Fernsprecher:
14020, 14934, 14038 12 Schreilbergasse 12 Fern-Nr. 20904

Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Ernst Lange

Koffer- u. Taschenfabrik

König Johannstr. Pirnaischer Platz

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden-N., Prager Straße 23

Der Kanzler an die Auslandsfachverständigen.

Beginn der Berliner Währungskonferenz.

(Erdmündung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 2. Nov. Der Reichskanzler empfing heute vormittag die internationalen Sachverständigen, die inzwischen vollständig in Berlin eingetroffen sind. Es waren erschienen die Herren Wissering, Gafel, Brand, Krenn, Tubold und Jentsch. Der Reichskanzler begrüßte die Herren mit einer Ansprache, in der er nach einleitenden Worten ausführte:

Die Tatsache, daß alle Herren, an die wir die Einladung gerichtet haben, zugelangt und bereits ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben, bestätigt uns, daß der Entschluß der Reichsregierung, die Frage der

Stabilisierung der deutschen Währung

dem Gutachten eines ausländischen Sachverständigenkomitees zu unterbreiten, richtig war. Die Möglichkeit, die Mark zu stabilisieren, ist natürlich auch bei uns auf das eingehend geprüft worden, und um so intensiver, je mehr die Entwertung der Mark fortgeschritten ist und je verhängnisvoller die Folgen dieser Entwertung für die deutsche Volkswirtschaft und für die Länder geworden sind, mit denen Deutschland Handel treibt und Handel treiben muß. Die eine Meinung über dieses Problem ist die, daß der Verlust einer Stabilisierung der Mark verfehlt ist und kein dauernder Erfolg gewährleistet ist, solange nicht zwei Voraussetzungen erfüllt sind, oder ihre Erfüllung wenigstens in nahe Aussicht gerückt ist, nämlich die Balancierung des Budgets und die Balancierung der Zahlungsbilanz, solange die Warenzufuhr die Ausfuhr so stark übersteigt, wie in der letzten Zeit. Die Differenz der Ausfuhr muß leider noch als sehr viel größer angenommen werden, als die bisher veröffentlichten Zahlen erkennen lassen, so lange an dieser Passivität der Handelsbilanz aus verschiedenen Gründen noch weitere passive Faktoren dazukommen, die definitiv unsere Zahlungsbilanz noch vergrößern. Unzulässigerweise bannet aber die Erfüllung dieser beiden Voraussetzungen zu einem sehr großen Teile von der Stabilisierung der Mark selbst ab. So gehen Ursachen und Folgeerscheinungen ineinander über, und diese Situation führt die andere Meinung zu der Forderung, diesen Circulus vitiosus zu durchbrechen und

die Mark zunächst einmal auf irgendeine Basis festzusetzen, wenn nicht endgültig, so doch provisorisch, um auf jeden Fall das weitere Wankeln der Währung zu verhindern, und dies schnell und mit Entschlossenheit. Denn solange kein dem letzten Willen der Mark nicht mehr gewartet werden, wenn die deutsche Wirtschaft nicht vollständig zusammenbrechen soll.

In dieser ungeklärten Situation hat die Reichsregierung das Bedürfnis gehabt, zu hören, wie man dieses Problem

vom Auslande aus ansieht, und aus diesem Bedürfnis heraus die Einladungen an die Sachverständigen gerichtet. Die Konferenz von Genoa und insbesondere das Sachverständigen-Komitee hat sich mit dieser Frage schon eingehend beschäftigt und ein bedeutsames Gutachten erlassen, aus dem nur ein Satz in die Erinnerung zurückgerufen werden soll. Das Sachverständigen-Komitee hat damals in seinem Gutachten gesagt:

Wenn die äußere Schuldlast ein- bis zwei- bis dreifache Zahlungsfähigkeit übersteigt und wenn dieses Land nicht durch äußere Anleihen Hilfe erhalten kann, so müssen die Anstrengungen, diese Verpflichtungen zu erfüllen, notwendig zur Folge haben, daß einmal die Märkte in anderen Ländern geöffnet werden, und daß weiter eine sorgfältige Entwertung der Währung des Schuldlandes eintritt, die das Schuldland vollständig hindert, irgendeinen Anlauf in der Richtung der Stabilisierung der Währung zu nehmen.

Dieses Gutachten ist damals allgemein und ohne Beziehung auf ein bestimmtes einzelnes Land abgegeben worden. Jetzt handelt es sich darum — und das ist die Bitte, die an die Sachverständigen gerichtet wird —, diese Frage besonders im Hinblick auf die deutsche Währung zu prüfen und uns ein Gutachten darüber abzugeben:

1. In wiefern unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich?
2. Wenn nein, welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen?
3. Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen?

Das sind die Fragen, die die Reichsregierung beantwortet haben möchte. Die Sachverständigen haben völlige Freiheit, ihre Arbeiten und Beratungen ganz nach ihrem eigenen Ermessen einzuleiten und durchzuführen. Sie können dabei ganz unter sich sein, sie können aber auch, wenn sie über eine Reihe von Gegenständen, über das deutsche Budget und die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz und anderes, besonders unterrichtet werden wollen, um eine sichere Basis für ihr Urteil zu gewinnen, Fragen an die deutschen Ministerien oder an deutsche Sachverständige sowie an die Wissenschaft und die Praxis richten. Die Antwort der Sachverständigen auf diese Fragen wird sicher im In- und Auslande mit Spannung erwartet und tiefe Beachtung finden.

Empfang der Währungsfachverständigen beim Kanzler.

Berlin, 2. Nov. Das „D. T.“ hört, daß in den Kreisen der Reparationskommission keine Meinung besteht, die zuerst in Berlin anzuwendenden ausländischen Währungsfachverständigen zu offiziellen Verhandlungen mit der deutschen Regierung hinzuzuziehen. Die Sachverständigen werden dem gleichen Blatte zufolge voraussichtlich erst morgen an einer ersten Sitzung zusammenzutreten. Heute abend wird Empfang beim Reichskanzler stattfinden.

Wismanns Standbild auf Hamburger Boden.

Deutsches Volk! Gedanke Deiner Kolonialmission!

In Hamburg wird heute das Denkmal unseres großen Afrikaforschers Wismann neu aufgestellt, nachdem es an seinem ursprünglichen Standort in Dar-es-Salaam keine bleibende Stätte hatte finden können, weil es dort die neuen englischen Herren Ostafrikas genierig; sie fürchteten offenbar, daß die Eingeborenen bei dem ständigen Anblick des Standbildes allzu sehr zu Vergleichen zwischen der deutschen Vergangenheit und der britischen Gegenwart herausgefordert werden könnten. So mußte denn das Denkmal die Reise übers Meer in das deutsche Mutterland antreten, um hier in der seegewaltigen Hansestadt, wo handelsmächtige Patrizier, „königliche Kaufherren“, die deutsche Kolonialpolitik in die Wege leiten und den Bestrebungen Wismanns weitestgehende und großzügige Förderung zuteil werden ließen, eine vorläufige Ruhestätte zu finden. Vorläufig! Das ist bedauerlich. So lange, bis ein deutsches Schiff das Denkmal wieder hintragen kann nach Dar-es-Salaam, wenn dort auf neue die deutsche Reichsflagge weht und ein deutscher Gouverneur schaltet und waltet. Ist das der Traum von Phantasten? Nein! Wir glauben im tiefsten Innern ja alle an unsere koloniale Wiedergeburt, sofern wir an die deutsche Zukunft überhaupt glauben, und darum muß auch die Beierstagsstimmung, die heute in Hamburg herrscht, sich dem ganzen übrigen Deutschland mitteilen, damit in solchem hochgemuten Seelenschwunge das Denken und Empfinden der Nation sich wieder einmal mit aller Stärke auf unsere überseeische Bestimmung richtet und sich in das Bewußtsein vertieft, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, der unzerstörbaren weltpolitischen Keimkraft des deutschen Volkes auf die Dauer die koloniale Betätigung vorenthalten zu wollen.

Wismann! In diesem Namen verkörpert sich die Art, wie das Germanentum kolonisiert. Wismann selbst pflegte mit berechtigtem Stolz hervorzuheben, daß er seine Durchquerung Afrikas von Westen nach Osten — ein Weiserstück der Afrikaforschung, das seinen Ruhm auf ehernem Fundament festsetzt — vollenden konnte, ohne einen Tropfen Menschenblut zu vergießen. Das kennzeichnet den Mann und sein Verfahren, das auf einer weisen, in tiefster Erkenntnis des Eingeborenencharakters wurzelnden Mischung von Strenge und patriarchalischem Wohlwollen beruhte und dem deutschen Namen bei den Schwarzen das höchste Ansehen verschaffte. Diesen wahrhaft zivilisatorischen Grundzug hat die deutsche Kolonialpolitik auch sonst nie verleugnet, wenn man die Dinge im großen, aus der Vogelperspektive betrachtet. Freilich soll nichts beschönigt werden, was zu tadeln ist, und man braucht durchaus nicht abzuleugnen, daß auch in der deutschen Kolonialpolitik, sei es unter der Einwirkung des „Tropenkollektors“ oder bei der Niederwerfung von Aufständen, sich Vorkommnisse abgepielt haben, die besser ungeschehen geblieben wären. Der Welt aber, der die deutsche Kolonisation im ganzen beherrschte, war und blieb stets nach dem Vorbilde Wismanns von erstem kulturellen Streben erfüllt, und unter seiner Befruchtung entsfaltete sich Blüte um Blüte am Baume der deutschen Kolonialpolitik, die durch eine sorgfältige zivilisatorische Einwirkung auf die Eingeborenen, durch Kultivierung des Bodens in weitem Umfange und durch den Ausbau eines umfassenden Eisenbahnnetzes ihren Bestimmungsnachweis in reichem Maße vor aller Welt erbrachte. Und dennoch wagte die Entente, uns Deutschen im Friedensvertrage die unerhörte Schmach der Behauptung anzutun, daß wir nicht zu den „fortgeschrittenen Nationen“ gehörten, denen man den Schutz eingeborener Völker anvertrauen dürfe! Das nahmen sich England und Frankreich heraus, deren koloniale Geschichte durch sorgfältige Grausamkeiten gegen die Eingeborenen besetzt ist und teilweise von Blut geradezu triefelt! Wissen schente sich nicht, diesen französisch-englischen Standpunkt zu dem seinigen zu machen, und erklärte zur Begründung des großen Kolonialraubes, der in Versailles an Deutschland vollzogen wurde, krasse, Deutschland „habe den hilflosen Völkern einiger seiner Kolonien unentgeltliche Kosten und Ungerechtigkeiten“ auferlegt und sei daher „unwürdig“, eine koloniale Mission noch fernerhin auszuüben. So bestellte man in Versailles das koloniale Mandat des Völkerbundes, der lautgemäß die deutschen Kolonien an einzelne Mächte zur Verwaltung unter seiner Oberaufsicht übertragen soll. England, Frankreich und Japan haben sich aber an diese Vorschrift nicht gehalten, sondern kurzerhand den gesamten deutschen Kolonialbesitz unter sich geteilt. Dieses schändliche Rechtsbruches müssen wir uns mit aller Eindringlichkeit wieder bewusst werden in dem Augenblick, wo wir infolge der englischen kolonialen Unbuddensamkeit gezwungen sind, dem Standbilde Wismanns, des großen, in allgemeiner internationaler Achtung stehenden deutschen Afrikaforschers, in Hamburg einwilliges Gastrecht zu gewähren. Wir haben wenigstens den Trost, daß es dort, wo der frische Salzwassergeruch des Ozeans die Lungen weitet, gut aufgehoben ist und trotz dem Tage seiner Wiederaufstellung entgegenbarren kann.

Die Tariffsprünge der Reichspost.

Annahme neuer Erhöhungen im Reichsrat.

(Erdmündung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 2. Nov. Der Reichsrat nahm heute eine Vorlage über eine neue Erhöhung der Post-, Fernsprechnetz- und Telegrafennetze an. Der Reichspräsident hat die Vorlage aus, daß trotz aller Erhöhungen der Gebühren die Volkswirtschaft sich heute bereits wieder einem

Defizit von 60 Milliarden Mark

infolge der Erhöhung der Gehälter und Steigerung der sozialen Ausgaben gegenübersteht.
Da es klar ist, daß bei der Lage der Reichspost eine Senkung nur herbeigeführt werden könne durch eine Verminderung der Personal-Ausgaben, die drei Viertel aller Ausgaben darstellen, und durch eine Vereinfachung der Verwaltung, müßte der Post diese Erhöhung noch angebilligt werden.

Die Ausschüsse haben die Vorlage unverändert angenommen. Diese soll eine Mehrerhöhung von 41 Milliarden ermöglichen, für den Rest des Rechnungsjahres 19 Milliarden, so daß noch immer ein Defizit von rund 50 Milliarden verbleibt. Die Erhöhungen seien im wesentlichen auf dem Prinzip der

Verdoppelung der Gebühren

ausgehend, so daß der Brief im Fernverkehr 12 M., die Postkarte 6 M., folgen soll, usw. Bei den Zeitungsgebühren sei von einer Erhöhung abzusehen. Aber die Post wolle sich dadurch schadlos halten, daß das Zeitungsgeld wieder verdoppelt werden soll. Die Fernsprechnetze werden verdoppelt. Für Telephonnetze soll das gleiche System einer Grundgebühr von 20 M. und einer Wortgebühr von 10 M. eingeführt werden.

Die Erhöhung der Gebühren soll am 15. November in Kraft treten.

Die Wiedereinführung des Zeitungsbefreiungsgeldes erst später. Reichspostminister Giesberts wies darauf hin, daß die meisten Reichspostämter wegen der Erhöhung der Beamtengehälter natürlich wieder katastrophal auf die Post

schwererwärtungen wirkten. Die Sache werde so kommen, daß für das laufende Jahr ein Defizit von 50 Milliarden und für das nächste Jahr ein solches von 120 bis 150 Milliarden zu tragen sein werde. Errechnen lasse sich heute freilich überhaupt nichts mehr. Man wisse nicht, welche Wirkungen, solche Tarife auf den Verkehr hätten. Der Preisverleih sei in enormer Weise zurück. Der Minister erwarte dann die Vertreter der einzelnen Länder, schon jetzt ihre Regierungen auf ganz wesentliche weitere Erhöhungen vorzubereiten. Bedauerlich sei freilich, daß diese Erhöhungen zum Zusammenbruch großer Organisationen, besonders der sozialen und Wohltätigkeitsorganisationen, führen könnten. Ebenso würden Kulturinteressen und Menschenrechte betroffen, die ohnehin schon einen schweren Kampf um das Dasein führten. Man werde sich darum die Frage überlegen müssen, ob künftig die Forderung der rein wirtschaftlichen Balancierung des Staatsaufrechtes zu erhalten sei oder nicht.

Der Dollar 5500.

Die Entwertung der Reichsmark ist am gestrigen Donnerstag weiter sprunghaft fortgeschritten. Nachdem der Dollar sich längere Zeit auf einem Stande, der zwischen 4800 und 4900 pendelte, gehalten hatte, schenkte er gestern den Vermittlungskräften plötzl. auf 4800 empor und wurde bei der amtlichen Ausrechnung mit 4985 notiert. Im Verlaufe des Nachmittags legte sich die Steigerung weiter sprunghaft fort und erreichte in den Abendstunden mit 5500 ihren bisherigen Höhepunkt. Anlaß hierzu sollen zum Teil die gestern veröffentlichten Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Hagenstein, sowie Gerüchte über die recht wenig entgegenkommende Haltung der jetzt in Berlin verammelten Delegierten der Reparationskommission gegeben haben, wodurch namentlich der Markkurs in New York einen scharfen Druck unterlag. Dort notierte am letzten Mittwoch die Reichsmark 2 1/2 Cent und gestern, Donnerstag, 1 1/2 Cent. Ersterer Kurs erachtete einen Dollarland von 4210 und letzterer einen solchen von 5170. Bei dem gegenwärtigen Tiefstand der Mark genügt ein Stückchen von dem Bruchteil eines Cent, den Dollarland in Berlin um Hunderte von Mark in die Höhe schnellen zu lassen.